Nummer 260 — 23. Jahrgang
6mal wöchtl. Bezugspreis: f. Novbr. 2 R.-M. ausschl. Bestellgeld. Berechnung der Anzeigen nach Rent.-Mark. Preise: Die eingespaltene Petitzeile 30 ₰, f. Familien- u. Vereinsanz., Gesuche 20 ₰. Die Petit-Reklamezeile 89 mm breit, 1 ℳ. Offertengebühr für Selbstabholer 20 ₰, bei Uebersendung d. d. Post außerdem Portozuschlag. Preis d. Sonntagsnummer 15 Rentenpfennig. Geschäftlicher Teil: Josef Fohmann, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Sonntag, 9. November 1924
Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anz.-Aufträgen u. Leistung v. Schadenersatz. Für undeutlich u. d. Fernspr. übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unverlangt eingesandte u. mit Rückporto nicht versehene Manuskripte werden nicht aufbewahrt. Sprechstunde der Redaktion 5 bis 6 Uhr nachmittags. Hauptschriftleiter: Dr. Josef Albert, Dresden.

Tageszeitung für christliche Politik und Kultur

Geschäftsstelle der Sächsischen Volkszeitung und Druck und Verlag: Saxonia-Buchdruckerei GmbH., Dresden-A. 16, Holbeinstraße 46, Fernruf 20727. Postscheckkonto Dresden 14797

• Unterhaltung und Wissen • Die Welt der Frau • Das neue Leben •

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-A. 16, Holbeinstraße 46, Fernruf 20748

Mehr Mut! Mehr Tat!

Gegenreformation, Schlagwort oder Alarmruf?

Unter diesen beiden „Spitzmarken" gibt der Evangelische Bund zwei Flugblätter heraus. Wir haben uns schon früher mit dieser Organisation beschäftigt. In der letzten Zeit nun erhebt sie immer frecher das Haupt, so daß der Kulturkampf, der auch früher immer wieder von dieser Seite propagiert wurde, eigentlich schon an allen Enden des Reiches entfacht ist. Gegenwärtig kommt das Moment des Wahlkampfes hinzu, und das katholische Volk hat auf der Hut zu sein, wenn man es immer wieder irre machen möchte an der einzigen von katholischem und christlichem Geiste getragenen Politik des Zentrums.

Es ist zunächst sehr lobenswert, wenn der Evangelische Bund dem evangelischen Volksteil zuruft: „Mehr Mut, mehr Tat!" Man solle sich nicht in eine „Abbaustimmung" hineindrängen lassen, d. h. man solle die Flügel nicht hängen lassen und dem Andrang des Materialismus und Atheismus tatenlos zusehen. In dieselbe Reihe aber, in der der Materialismus und Atheismus steht, wird dann der Katholizismus gestellt. Und alle Schlagwörter von Klang müssen von neuem herhalten, um dem „mächtig in die Siegestrompete blasenden Rom" beizukommen. An und für sich hat ja immer schon derjenige, um den man sich streitet, den qualitativen Vorzug vor den Streitenden, weil in dem Streitobjekt doch etwas Vorzügliches enthalten sein muß, das die Welt und damit die Streitenden selbst bewegt. Vor allem, wenn man weiß, daß man die Qualität dem Streitobjekt nicht nehmen kann, steigert sich umso mehr der neidische Haß. Und das ist das Kennzeichen aller unehrlich Streitenden. In diesem Geiste prägt man Worte: „Rom arbeitet in seltsamem Größenwahn, um dem Luthertum den Todesstoß zu geben." Rom hat gar kein Interesse daran, Leichen auf dem Schlachtfelde (wenn man diesen Ausdruck benutzen darf) zurückzulassen, sondern Rom hat ein Interesse daran, lebendige Menschen in die Gemeinschaft der katholischen Kirche aufzunehmen. Dieses Ziel, immer mehr neue Mitglieder für die eigene Sache zu gewinnen, wird der Evangelische Bund niemand verwehren können, zumal er ja selbst mit allen Mitteln bestrebt ist, seine eigene Mitgliederzahl zu erhöhen. Aber Rom geht in der Verfolgung dieses Zieles nicht mit dem alle Ehrlichkeit beiseite schiebenden blinden Fanatismus eines Evangelischen Bundes vor. Wenn es Menschen gibt, die den Weg mit bestem Gewissen nicht zu Rom finden können, dann sollen diese Menschen zum mindesten mit Rom in christlichem Frieden leben. Ob sie sich dann protestantisch oder sonst irgendwie nennen, ist gleichgültig. Wir würden diese Friedensliebenden achten.

Wenn dann in dem Flugblatt gesagt wird, daß große Massen der katholischen Welt längst entchristlicht und für Rom verloren seien, so ist dieses Verlorengehen selbstverständlich gar nicht abzuleugnen. Nur daß es nicht so gewaltige Massen sind. Ganz naturgemäß hat auch der Katholizismus unter den ungeheuren Wirren der Zeit gelitten. Es ist kein Dogma der katholischen Kirche, daß die katholisch Getauften ein für allemal in der Gnade geborgen seien. Sondern es gibt einen anderen Glaubenssatz, worin es heißt, daß die katholische Kirche nur die Spenderin der Gnadenmittel ist, die den Menschen den richtigen Weg ermöglichen. Wir wollen aber auch die andere Frage stellen: Hat etwa der Protestantismus nicht unter den Wirren der Zeit gelitten? Was heißt heute Protestantismus? Wo ist die Einheit der protestantischen Kirche? Wir stellen diese Fragen nicht etwa als Zeichen des Angriffes, sondern zur Gewissenserforschung. Wenn aber der Protestantismus vom Evangelischen Bund sich gefallen ließe, alles das, was heute zur katholischen Kirche sich nicht bekennt, als Protestant anzusprechen, — weil es ja scheinbar nur zwei große Konfessionen in Europa gibt — dann könnten wir unmöglich diese protestantische Kirche beneiden. Allerdings würde eine große zahlenmäßige Ueberlegenheit herauskommen.

Das Flugblatt führt weiter zwei Sätze an. Der erste lautet: „Die innere Haltlosigkeit der katholischen Diaspora ist ganz ungeheuer; eine so durch und durch morsche Diaspora gibt es in der evangelischen Kirche überhaupt nicht." Daran anschließend folgt der zweite: „Und da sollen wir vor dem ultramontanen Größen- und Machtwahn die Segel streichen? Mehr Mut, evangelisches Volk!" Es ist sehr interessant, aus den beiden Sätzen zusammen den Schluß zu ziehen. Wenn die katholische Diaspora innerlich so morsch und haltlos wäre, dann ist es doch wahrhaftig nicht mehr nötig, noch erst Mut aufzubringen, gegen diesen verfaulten Katholizismus. Aber durch die eigenartige Zusammenstellung der Sätze ersieht man am besten, wie der Verfasser seine Gesinnung selbst enthüllt und gar nicht an die Inkonsequenz seiner Zeilen dachte. Nämlich: Im ersten Satz werden bewußt und mit Haß die Dinge falsch dargestellt und im zweiten setzt man aus Mangel an Logik für den aufzubringenden Mut (den man für notwendig hält), eine aufwärtsblühende Diaspora voraus. Das ist ein gutes Bekenntnis für das tatsächliche Erstarken des Katholizismus. Ueberhaupt, was will der Evangelische Bund mit seinen Kampffanfaren, wenn der katholische Gedanke trotz „der von Rom aus mächtig geblasenen Siegestrompeten" im Sterben liegt?

In dem zweiten Flugblatt beschäftigt sich der Verfasser mit der Gegenreformation des Katholizismus. Es wird ein Zitat der Trierer Petrusblätter von 1913 aufgeführt, worin es hieß: „Nicht Anpassung ist die Losung, sondern Gegenreformation." Daraus zieht man dann den Schluß, daß Rom ernstlich gewillt sei, den Protestantismus mit Stumpf und Stiel auszurotten, und zwar auf gewaltsame Weise. Es klingt sehr schön, wenn solche Zitate aus dem Zusammenhange des Artikels herausgerissen werden. Allerdings muß es das Streben einer Kirche, wenn sie von ihrer Mission erfüllt ist, sein, eine andere Konfession, vor allem eine solche, die früher mit zu ihr gehörte, wieder für sich zu gewinnen. Nicht gleichgültige Anpassung, d. h. mit allem einverstanden sein, was beispielsweise der Evangelische Bund hinausposaunt, ist die Losung, sondern seine eigenen Grundsätze wahren. Das Flugblatt reat sich dann über „geradezu ungeheuerliche Vorrechte" Roms in den östlichen Ländern, vor allem in Lettland, auf. Rom könne dort heute die Schulen, die Presse, das Vereinswesen und die ganze Liebestätigkeit an sich reißen. „Rom wird in unliebsamen Zeiten seine Gegner einfach ausweisen lassen. Es schreckt auch vor Kirchenraub nicht zurück." Und es wird im Anschluß daran das Wort vom evangelischen Martyrium geprägt. „Rom hat die Macht, und nun muß sich zeigen, wie weit es seinen Machtmitteln gelingt, mit Zuckerbrot und Peitsche die evangelischen Gemeinden zu vernichten und die katholischen zu mehren." Wir müssen zunächst fragen, worin denn diese ungeheuerlichen Vorrechte bestehen? Was der Katholizismus in jenen Ländern besitzt, das besitzt er auf Grund seines vollberechtigten Anspruchs. Man kann also nicht von Vorrechten, sondern nur von Anrechten sprechen. Warum aber erwirbt sich die evangelische Kirche nicht dieselben ihr zustehenden Rechte? Sie hat doch so viele Vertreter beispielsweise in den Reichsbehörden (s. Artikel in Nr. 245 unserer Zeitung über Imparität). Oder will der Evangelische Bund etwa verlangen, daß, wenn seine eigenen Vertreter sich als untätig in kirchlichen Dingen zeigen, auch unsere Vertreter in denselben Schlaf verfallen? Würde aber andererseits

Spannend und lehrreich ist das neue Buch von
Sven Hedin:
Von Peking nach Moskau
mit 77 Abbildungen und 1 Karte.
Preis geb. Gm. 15.75
H. Burdach, Hofbuchhandlung, Dresden-A., Schloßstr. 32, Fernruf 20152

Gefahren des Lohnkampfes

Rücktritt Dr. Seipels

Wien, 8. November. In später Abendstunde wurden die Verhandlungen mit den Eisenbahnern abgebrochen, die sofort den Streik proklamierten. Der Generaldirektor der Bundesbahnen Dr. Günther hat seinen Rücktritt eingereicht. Auch die Regierung hat ihren Rücktrittsbeschluß in die Tat umgesetzt.

Die Ursache: Der Eisenbahnerstreik

Wien, 8. November. Der Präsident der Bundesbahnen Günther hatte am Vormittag dem Bundeskanzler Seipel über die durch die Ablehnung der bis an die äußerste Grenze gehenden Zugeständnisse an die Eisenbahner geschaffene Lage unterrichtet und für den Fall des Streikabbruches seine Absicht angekündigt, von der Leitung der Bundesbahnen zurückzutreten, da er dann die erfolgreich eingeleitete Sanierung der Bundesbahnen als bedroht ansehen müsse.

Der Bundeskanzler billigte den Standpunkt des Präsidenten und ersuchte ihn, sich bei seinen Entscheidungen ausschließlich von Erwägungen einer Führung der Bundesbahnen nach wirtschaftlichen Grundsätzen leiten zu lassen. Zugleich erklärte er, daß die Regierung, wenn ihr bei einem so wichtigen Teile des Sanierungswerkes, wie es die Reform der Bundesbahnen sei, unüberwindliche Schwierigkeiten gemacht würden, nicht länger im Amt bleiben werde. Der Ministerrat beschloß nachmittags im Sinne des Vorschlags des Bundeskanzlers. Dieser teilte die Entschlüsse des Präsidenten Günther und der Regierung unverzüglich den parlamentarischen Führern mit und berief Vertreter der Eisenbahnerorganisationen, um sie eindringlichst zu warnen, nicht noch in letzter Stunde das von der Regierung und dem Parlament unter so großen Opfern nahe an die Vollendung geführte Sanierungswerk zu gefährden.

Der Streik der Eisenbahner ist um Mitternacht ausgebrochen. Die um diese Zeit noch auf den Strecken befindlichen Züge wurden an ihre Bestimmungsorte weitergeleitet. Um 12 Uhr nachts wurden keine Passagiere mehr zu den Zügen gelassen. Lebensmittelzüge werden vorläufig ohne Einschränkung verkehren. Auch gilt zunächst die Kohlenversorgung als gesichert. Man glaubt, daß der Versuch gemacht werden soll, ein Beamtenkabinett durch den Nationalrat wählen zu lassen, doch hätte ein Beamtenkabinett wahrscheinlich keinerlei Aussicht, die Schwierigkeiten beseitigen zu können. Vielfach wurde der frühere Bundeskanzler und jetzige Polizeipräsident von Wien, Schober, als kommender Mann genannt. Das Kabinett Seipel führt vorläufig die Geschäfte weiter.

Schneller Zusammenbruch des Ausstandes?

Wien, 8. November. Der Präsident der Bundesbahnen, Dr. Günther erklärte in einer Unterredung u. a.: Ich habe mir bei den Verhandlungen eine Grenze gesetzt, über die nicht hinausgegangen werden konnte. Die Differenzen, die im letzten Stadium der Verhandlungen noch vorhanden waren, betrugen nicht einmal zehn Milliarden Kronen, also eine keineswegs sehr bedeutende Summe. Wir dürfen unter keinen Umständen in die Schuldenwirtschaft zurückverfallen und müssen auch die Ansicht bekämpfen, daß ich unter dem Drucke der Regierung gestanden hätte. Die Regierung hatte sich zwar mit mir solidarisch erklärt. Ich habe aber keinen Entschluß in voller Freiheit unter meiner eigenen Verantwortung gefaßt. An eine rasche Beilegung des Streiks glaube ich nicht.

Die Lohnbewegung in Deutschland

Breslau, 8. November. Als heute früh die von den bürgerlichen Blättern gedruckte Einheitszeitung herauskam und die Setzer das Zeitungsgrundstück verließen, versuchten Trupps von 15 bis 20 Mann, die teils zu Fuß teils zu Rad die Arbeitswilligen verfolgten, auf diese einzudringen. Ein Metteur wurde von den Streikenden blutig geschlagen.

In Berlin fand eine Konferenz der Vertreter von Zeitungen aus dem ganzen Reich statt, die sich mit den schwebenden Lohndifferenzen im Buchdruckgewerbe beschäftigte. Nach eingehender Prüfung der Gesamtsituation kamen die Versammelten einmütig zu dem Entschluß, gegenüber der durch nichts gerechtfertigten übertriebenen Forderung der Gehilfenschaft auf mehr als 30 Prozent Lohnerhöhung eine ablehnende Haltung einzunehmen. In Breslau ist die Gehilfenschaft unter Tarifbruch in den Streik getreten, dort wird seit heute eine Notzeitung herausgegeben. Der in einer Liegnitzer Tageszeitung ausgebrochene Streik ist dadurch illusorisch geworden, daß die Zeitung mit Ersatzkräften weiterhin hergestellt wird. Die Berufsvertretungen der deutschen Buchdrucker und Zeitungsverleger sind sich darin einig, daß sie selbst unter dem Druck der bevorstehenden Reichstagswahl Forderungen nicht bewilligen können, die in ihren Auswirkungen weder von den Werken noch von der Gesamtwirtschaft getragen werden können. Das Reichsarbeitsministerium hat neue Verhandlungen auf Sonabendfrüh anberaumt.

Berlin, 8. November. Eine Urabstimmung bei der Berliner Gasbetriebsgesellschaft, der früheren englischen Gasanstalt, ergab eine überwältigende Mehrheit für einen Streik. Heute mittag werden vor dem Schlichter nochmals Verhandlungen zur Beilegung des drohenden Ausstandes stattfinden. Die Gas- und Betriebsgesellschaft versorgt einen Teil Berlins mit Gas.

Eine Rede des Reichswirtschaftsministers

Hamburg, 8. November. Die Einflüsse des Dawesplanes auf Handel und Industrie, bildete das Thema eines Vortrages, den der Reichswirtschaftsminister Hamm gestern abend im Ueberseeklub hielt. Er führte dabei u. a. aus:

Wir sind jetzt wieder in die Lage eines wirtschaftlich jungen Volkes gekommen. Alles, was Sparsamkeit von Generationen aufgespeichert hat, ist dahin. Die eigentliche Leistung der Arbeiten der Sachverständigen in London liegt in der Lösung des Problems der Uebertragung, das aber möglich ist, wenn die deutsche Wirtschaft gesund und leistungsfähig erhalten bleibt. Wir müssen auf dem Wege der Handelsverträge mit der gesamten Welt wieder in Austausch kommen. Es gebe keine Trennung in Wirtschaft und Staat. Darauf ging der Minister auf die jetzigen Aufgaben der Regierung ein und kündigte an, daß die Einfuhrverbote bis auf einige wenige demnächst aufgehoben würden. Die gegenwärtige Teuerungswelle dürfe man nicht hochkommen lassen.

Und draußen lauert die Konkurrenz

London, 8. November. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt, es sei sicher, daß unter Bankiers und Industriellen die Ansicht darüber sehr geteilt sei, ob die wirtschaftliche Erholung Deutschlands und der vorgeschlagene deutsch-französische Kohlen- und Stahlkonzern eine ernste Bedrohung für den englischen Ausfuhrhandel bedeute. Insbesondere unter den Bankiers bestehe Neigung, diese Bedrohung leicht zu nehmen aus dem einfachen Grunde, daß erstens Deutschland an Kapitalmangel leide, daß die Stabilisierung der deutschen Währung die Produktionskosten wesentlich erhöhen werde und zweitens, daß die deutschen Gewerkschaften, deren Fonds sich außerordentlich vermindert haben, sich erholen würden, wenn die Mark wieder hergestellt sei, und auf den Achtstundentag bestehen würden.